Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungseingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 91 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 531. Halle, Dienstag, den 12. November. 1918.

An die Proletarier aller Länder!

Der Aufruf sozialdemokratischer Verbände an die Proletarier aller Länder. — Rumänien erklärt Deutschland den Krieg. — Eine Republik Deutsch-Oesterreich. — Auflösung des Reichstags?

WTB. München, 11. Nov. (Drahtnachricht.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: In der Nacht vom 10. zum 11. November sandte die Regierung des Volksstaates Bayern nachfolgende Kundgebung an den Bundesrat in Bern mit der Bitte um Uebermittlung an Wilson, die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens.

Ich bitte Sie, nachfolgende Kundgebung an den Präsidenten Wilson, die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens zu übermitteln und sie zugleich an das schweizerische Volk zu verbreiten:

An die Regierungen und Politiker Amerikas, Frankreichs, Italiens und Englands, an die Proletarier aller Länder:

Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichen Kampf gegen die

frevelhaften Politiker der deutschen Regierung

und Fürsten gehabt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Revolution alle und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkriege war. Bayern hat sich als Volksstaat proklamiert. Das ganze Volk begrüßt jubelnd seine Erlösung. Das übrige Deutschland folgt in einem unaufhaltsamen Drange unserem Beispiel und begründet damit zum ersten Male eine wirkliche Einheit Deutschlands.

In diesem Augenblick stürzt auf das junge Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte hernieder. Unsere Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn

diese entsetzlichen Bedingungen

unveränderlich sein sollten, in kurzer Zeit ein wüstes Chaos sein. Wir verständen die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlaßten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienten keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden,

bedeuten seine Vernichtung.

Würden die Forderungen aufrechterhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine anarchische Auflösung aller Verhältnisse, die gerade die bayerische Revolution durch die Schaffung eines in sich gefestigten Volksstaates verhindern wollte, würde die notwendige Folge sein, und die Herrschaft des sich zuchtlos auflösenden Millionenheeres würde eine geistige und sittliche Verwilderung herbeiführen, die auch in das Gebiet des Siegers verheerend eingreifen würde. Das darf nicht geschehen.

Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, daß die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch

die Schonungslosigkeit der Sieger

vernichtet wird. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitblickenden Großmuts

die Versöhnung der Völker

herbeigeführt werden kann. Vergeßt in der Schöpfung der neuen Welt den Haß, der in der alten Welt erzeugt worden ist. Der Völkerbund, der das gemeinsame Ziel der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der

Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur.

Wir beschwören Euch, die Regierungen wie das Volk, in einer erhabenen Selbstüberwindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die

erste Handlung des neuen Völkerbundes

sein und ihn damit begründen. Die alliierten Demokraten dürfen nicht vergessen, wie viele stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutscher seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind und die Regierungen der alliierten Regierungen dürfen nicht die Verantwortung vor den proletarischen Massen übernehmen, die Internationale in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich zusammengefunden hat. Das

Schicksal der Menschheit

liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich für [illegible]rung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker sind.

Das Ministerium des bayerischen Volksstaates.
Kurt Eisner.

An die Internationale.

Ein Hilferuf der deutschen Sozialdemokratie.

WTB. Berlin, 11. Novbr. (Drahtnachricht.) Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien richteten an den Reichstagsabgeordneten Branting in Stockholm folgendes Telegramm durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft in Stockholm:

Werter Genosse!

Die neugebildete sozialdemokratische deutsche Regierung hat die Waffenstillstandsbedingungen der Entente angenommen, damit das Blutvergießen nicht um eine Stunde verlängert werde. Wir Sozialisten der beiden bisher getrennten, jetzt bei der Friedensarbeit verbundenen sozialdemokratischen Parteien richten einen Appell an die Proletarier in allen Ländern.

Was die Führer der Entente gefordert haben, dient zum Teil nicht mehr allein der Sicherung gegen eine Erneuerung der Feindseligkeiten, die ohnehin ausgeschlossen wären, nachdem die Militärverwaltung durch die glänzende Erhebung der revolutionären Arbeiter und Soldaten gestürzt worden ist. Einige der Bedingungen bedrohen vielmehr die psychische Existenz des befreiten deutschen Volks. Die Blockade soll fortgesetzt werden und Deutschland soll die Besatzungstruppen der Entente ernähren. Es soll aber zugleich einen großen Teil seiner Transportverhältnisse (Lokomotiven, Waggons, Kraftfahrwagen) ausliefern. Alle diese Transportmittel sind unentbehrlich für den geordneten und schleunigen Abtransport der Truppen und für die Aufrechterhaltung der Volksernährung. Ihre Wegnahme steigert die Ernährungsschwierigkeiten ins Unerträgliche. Sie bedroht zahllose unschuldige Frauen, Kinder und Kranke unmittelbar mit dem Hungertode.

Der Tag der Freiheit und des Friedens darf nicht der Tag der Tötung von Millionen werden. Wir rufen die Genossen in den Deutschland verbündeten Ländern auf, ihre Stimmen mit den unsrigen zu vereinen.

An Sie, verehrter Genosse Branting, richten wir die Bitte, der Internationale diesen Appell zu übersenden.

Eduard Bernstein. Oskar Cohn. Karl Kautsky. Hermann Molkenbuhr. Hermann Müller. Wilhelm Pfannkuch.

Rumäniens Mobilisation.

Der Beginn des Kriegszustandes.

Budapest, 11. November. (Privattelegramm.) Wie die internationale Telegraphenagentur aus Bukarest erfährt, befindet sich Rumänien seit gestern im Kriegszustande mit Deutschland. Rumänien hat mobilisiert, die deutschen Behörden verlassen Bukarest.

Die rumänische Kriegserklärung.

Hamburg, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Hamburger Nachrichten" melden: Zuverlässige Nachrichten, die aus Bukarest hier eingetroffen sind, besagen, daß die neue rumänische Regierung Deutschland den Krieg erklärt habe.

Das bisherige Kabinett Marghiloman hat unter dem Druck internationalistischer Elemente einer neuen Regierung Platz machen müssen. Erst gestern nachmittag haben wir von dem Rücktritt des Kabinetts Marghiloman gemeldet.

Deutsch-Oesterreich — Republik.

Ein Beschluß des Staatsrats.

Wien, 7. November. Der Staatsrat nahm einen Gesetzentwurf an, worin Deutsch-Oesterreich als Republik und Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird.

Viktor Adler †

Wien, 11. November. (Privattelegramm.) Der Staatssekretär des Aeußern, Dr. Viktor Adler, ist heute in seiner Wohnung plötzlich an einem Herzschlag im Alter von 66 Jahren gestorben.

Friedensverhandlungen in Versailles.

Fristverlängerung für die Räumung.

Haag, 11. November. (Privattelegramm.) Hollands Nieuwes Büro meldet aus Paris: Voraussichtlich finden die Friedensverhandlungen in Versailles statt.

Aus Paris wird weiter gemeldet, daß der Termin für die Räumung der besetzten Gebiete um 24 Stunden verlängert worden ist. Für die Räumung des linken Rheinufers wurde eine Fristverlängerung um 5 Tage bewilligt.

Erläuterungen zu den feindlichen Bedingungen.

k. Hamburg, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der Schweizer Preßtelegraph meldet aus Paris: Der deutschen Delegation wurden außer den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Einzelheiten auch über die Friedensbedingungen mitgeteilt. Es wurde ihnen erklärt, daß an keine dauernde Besetzung außer Elsaß-Lothringen gedacht würde und es wurden die angeführten Regeln der Entschädigung für Nordfrankreich, Belgien und den U-Boot-Krieg angedeutet. Die Entschädigungen bestehen nicht ausschließlich in Geld. Es soll Verrechnung der beschlagnahmten Schiffe und der noch auszuliefernden Materialien stattfinden. Erzberger stellte die Wahrscheinlichkeit der Annahme in Aussicht.

Zusammentritt und Auflösung des Reichstages.

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, dürfte der Reichstag, um der Form zu genügen, Mittwoch 2 Uhr nachmittags, wie vor dem Umsturz festgesetzt worden war, einberufen werden, jedoch nur zu dem Zweck, um gleich wieder aufgelöst zu werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die bürgerlichen Abgeordneten zu dieser Sitzung erscheinen werden.

Ueber den nächsten Gang der Ereignisse herrschen auch in Abgeordneten-Kreisen der Linken nur Vermutungen. Man nimmt an, daß schon in den nächsten Tagen die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte für das ganze Reich wird über das Schicksal und über die Zusammensetzung der Regierung, welche vorläufig erst eine rein provisorische ist, endgültig beschließen.

Besetzung Wiens durch die Entente.

k. Hamburg, 11. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der Korrespondent der Hamburger Nachrichten erfährt aus guter Quelle, daß der jüngste Aufenthalt des Fürsten Windischgrätz in der Schweiz dem Bestreben galt, von der Entente die möglichst rasche Besetzung Wiens durch englische und französische Truppen zu erreichen, um das Habsburger Kaiserturn zu schützen und den deutschösterreichischen Staat vor Vollendung seines republikanischen Aufbaues zu stürzen.

Die Engländer in Odessa.

k. Hamburg, 11. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Reuter meldet aus Basel: Die ukrainische Agentur zu Lausanne berichtet, daß die Engländer gemäß einem Ersuchen der Regierung der Ukraine am Donnerstag in Odessa eingerückt sind.

Zur Räumung des linken Rheinufers.

WTB. Berlin, 11. November. In dem vollständigen Text der Waffenstillstandsbedingungen heißt es über die Räumung des linken Rheinufers durch die deutschen Armeen wie folgt:

„Das linke Rheinufer wird durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und Vereinigten Staaten werden die Besetzung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge (Mainz, Koblenz, Köln), inbegriffen je einen Brückenkopf von 30 Kilometer Durchmesser auf dem rechten Ufer, und außerdem die strategischen Punkte des Gebietes besetzen. Auf dem Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen; sie verläuft zwischen dem Flusse und einer östlich dieses Flusses gezogenen Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernsheim 40 Kilometer, von da bis zur Schweizer Grenze 30 Kilometer östlich des Flusses. Die Räumung dieser rheinischen Gebiete (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren elf Tagen durchgeführt ist, also im ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes."

Artikel 16 lautet:

„Die Verbündeten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten, sowohl über Danzig, wie auch über die Weichsel, haben, um die Bevölkerung dieser Gebiete verpflegen zu können, oder für jeden anderen Zweck."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181112010/fragment/page=0001

Große Aussprache der A.- und S.-Räte.

Mahnungen zur Einigkeit. — Die Sicherung der Eisenbahnen zur Aufrechterhaltung der Ernährung des Volkes. Ebert über die revolutionäre Entwicklung.

Der große Arbeiterrat von Berlin.

Der erste Verhandlungstag.

Berlin, 11. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Auf heute **mittag war die**

erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates

im Reichstag einberufen. Kurz vor 12 Uhr eröffnete der Abgeordnete Cohn die Sitzung. Als aus dem Sitzungssaale viele Rufe gegen ihn laut wurden, erklärte er, er sei als Vorsitzender nichts anderes als ein Kamerad unter Kameraden und kein Parteimann. Mit dem zum Schriftführer gewählten Abgeordneten Molkenbuhr erklärte sich das Haus einverstanden.

Als erster Redner ergriff der Hauptmann Beerfelde das Wort, um sich dem Hause vorzustellen. Er erklärte, der Arbeiter- und Soldatenrat müsse diktatorisch die Vollzugskraft in die Hand nehmen, und nur so können wir aus dem Elend, das uns bedroht, herauskommen. Als nach der Rede Beerfeldes der Vorsitzende um Gehör für den Abgeordneten Ledebour bat, erhob sich ein heftiger Widerspruch im Saal: Ich möchte dringend davor warnen, Nebenorganisationen zu gründen. Das führt zur vollkommenen Desorganisation. Es würde auch den Eindruck erwecken, als ob es bezweckt wäre, die

Autorität des Arbeiter- und Soldatenrates zu untergraben.

Der Vollzugsrat wurde gewählt. (Zwischenrufe: Von wem?)

Wir werden große und schwere Kämpfe führen müssen zur Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften, und da darf man nicht mit kleinlichen Formalitäten kommen.

Als nächster Redner ergriff der frühere Kriegsberichterstatter Colin-Roß das Wort: Gegenüber der Gefahr, die uns der Abgeordnete Ledebour vor Augen geführt hat, indem er sagte, daß wir der Reaktion leicht in die Hände arbeiten können, wenn wir nicht einig bleiben, muß ich feststellen, daß Offiziere und Mannschaften einig sind. Wir wissen, was wir wollen. Wir waren draußen und haben geblutet und haben uns niemals zerspalten. Die Gefahr der Partei ist nicht die Reaktion, sondern der Bürgerkrieg. Soweit sind wir durch die

Unfähigkeit der Politiker

gekommen. Sie haben das deutsche Volk in die größte Gefahr gestürzt. Wir wollen keine Parteipolitik (stürmische Bravorufe). Ihr habt die Macht, die Parteipolitik heute noch fernzuhalten. Heute noch! Es handelt sich nicht um Sozialdemokraten und Unabhängige! Diese Spaltungen führen uns

rettungslos in ein Chaos

(stürmische Bravorufe). Die Gefahr, daß wir gegeneinander aufgehetzt werden, ist groß genug. Wir müssen denen vertrauen, die der Revolution vorgearbeitet haben. Wir, die wir draußen waren, konnten es ja nicht. Wir kamen aber jeder

im richtigen Moment zurück.

Mich kennen Sie aus meinen Schilderungen. (Zuruf: Sie wollten doch immer weiterkämpfen in Ihren Schilderungen!) Da dieser Zwischenruf gefallen ist, muß ich Dinge erzählen, die ich bisher verschwiegen habe. Im August bin ich

an Ludendorff herangetreten

und habe ihm nachzuweisen gesucht, daß es aus ist mit uns, daß alles zusammenbricht. Man hat mir nicht geglaubt. Noch in den letzten Wochen habe ich

beim Reichskanzler vorgesprochen

und habe ihm die Lage unserer Truppen genau auseinandergesetzt. Es war alles vergebens. Kommt es nicht zu einer Einigung unter den Soldaten, dann tritt der furchtbare Fall ein, daß

die Entente mit uns überhaupt keinen Frieden schließt.

Sie würde dann bei uns einmarschieren und Teile unseres Vaterlandes okkupieren. Das wollen wir nicht! (Stürmischer Beifall!)

Vorsitzender Cohn: Es hat sich gezeigt, daß die Versammlung einen mustergültigen Verlauf nimmt. Aus der Tatsache, daß Sie den

Ruf nach Einigkeit

alle so stark unterstrichen haben, können wir den Schluß ziehen, daß die Einigung auch tatsächlich erreicht wird.

Der nächste Redner, der Sozialdemokrat Specht, erklärt, daß wir hierher gekommen seien, um das Provisorium aufzuheben. Wir wollen arbeiten und handeln. Wenn sich Uneinigkeit in unseren Reihen zeigen sollte, wird es

in 24 Stunden zu Maroduren

kommen. (Zwischenruf: Ist es schon!) Nur die Einigkeit kann uns stark machen.

Der nächste Redner ist Oberleutnant Walz. Er führt aus: 14 Leute sind gestern gewählt worden. Jeder bekam ein Ressort zur Bearbeitung. Wenn wir nun zu Neuwahlen schreiten, muß das System von gestern bestehen bleiben und aufrechterhalten bleiben, um die Weiterarbeit nicht zu behindern.

Soldat Gottschin: Ich habe schon in der gestrigen Versammlung dagegen protestiert, Leute zu wählen, die man nicht kennt. Für die schwierigen Arbeiten, die uns bevorstehen, können wir nur Leute gebrauchen, deren Fähigkeiten für das Gelingen des großen Werkes eine Gewähr bieten. Bevor man die Leute nicht kennt,

muß man Mißtrauen haben.

Wir müssen die Gewähr haben, daß jeder vollkommen auf dem Boden der sozialen Revolution steht, und keiner der Gewählten darf sich von Stimmungen leiten lassen. Ich schlage deshalb vor, die gestern Gewählten en bloc wieder zu wählen.

Nun wird von einem Soldaten Schluß der Debatte beantragt.

Der Vorsitzende erklärt, den Vorschlägen des Kameraden Gottschin kann ich mich anschließen. Es muß hier jedermann heraus, der nicht Sozialdemokrat oder Soldat ist.

Der Soldat Walz erklärt, daß heute um 3 Uhr nachmittags die sechs neuen Minister eine

Beratung im Reichskanzleramt

mit dem Arbeiter- und Soldatenrat haben. Schon aus diesem Grunde müssen die Verhandlungen bald geschlossen werden.

Soldat Weißkampf spricht sich in einer längeren Rede gegen den Schluß der Debatte aus und verlangt, daß jeder der gestern Gewählten sich mit einigen Worten der Versammlung vorstelle.

Der Vorsitzende schließt sich diesen Ausführungen nicht an und befürwortet den Schluß der Debatte. Der Schluß der Debatte wird darauf beschlossen.

Nunmehr treten noch die einzelnen Delegierten vor und sagen in wenigen Worten, was sie bisher geleistet haben.

Gegen ½3 Uhr wurde die Versammlung, die einen durchaus würdigen Verlauf nahm und das Bild der Einheit und Geschlossenheit bot, beendigt.

Der neue Kanzler über die letzte Entwicklung.

k. **Hamburg, 11. Nov.** (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem Haag wird gemeldet: Der Reichskanzler empfing wenige Stunden nachdem er sein Amt angetreten hatte, einen Vertreter des Hollandsch Nieuws Büro, der über seinen Besuch folgendermaßen berichtet: Der Kanzler faßte den Sinn der Geschehnisse dieser Tage in kurzen Sätzen folgendermaßen zusammen:

Die Sache der Freiheit hat heute in Deutschland einen ihrer größten Siege erlebt. Das deutsche Volk hat gesiegt und die alte Herrschaft der Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner usw. gestürzt. Deutschland hat seine Revolution vollendet. Formell hat Prinz Max, der bereits seinen Abschied eingereicht hatte, nach der Abdankung des Kaisers die Herrschaft an mich abgegeben, tatsächlich hat mich das deutsche Volk durch seinen elementaren Willen selbst zum Kanzler gemacht. Als wir heute früh aus der Regierung austraten, weil die Kaiserfrage noch nicht nach unserem Sinne erledigt war, haben die Soldaten und Arbeiter Berlins sich fast einmütig für uns erhoben und die ganze alte Regierungsmaschinerie stillgelegt. Wir haben so tatsächlich schon alle Macht in Händen gehabt, bevor die Vertreter der alten Herrschergewalt sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand angebahnt und wäre wohl bei jedem Friedensschlusse alsbald zum Ausbruch gekommen, aber jetzt wird wohl auch der Zweifelsüchtige erkennen, daß es mit dem Monarchismus und dem Imperialismus in Deutschland endgültig vorüber ist. Die aus Besorgnis für diese Macht oder aus Angst vor uns gekämpft haben, müssen nun vollständig zufrieden sein. Die konstituierende Nationalversammlung der deutschen Volksrepublik wird eine Regierung einsetzen, die so genau, wie es eben nötig ist, dem Volkswillen entspricht. Auf die Frage, ob das neue republikanische Regime noch größere Kämpfe haben würde, ehe es sich endgültig befestige, antwortete der Reichskanzler: Unser Sieg ist fast unblutig. Daß die alte Gewalt sich noch einmal zum Kampfe um die Macht stellen könnte, erscheint uns gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik und der freie deutsche Volksstaat wird sich glücklich fühlen, im Völkerbunde der freien Nationen ein gleichberechtigtes Mitglied zu werden.

Die Kohlennot in Berlin.

WTB. **Berlin, 11. November.** Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und die Kohlenversorgung der Fabriken die Kohlenabteilungen und Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen, nach dem Gesichtspunkte der Friedenswirtschaft zu arbeiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Uebergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Uebel von dem Volke und dem zurückkehrenden Heere abgewendet werden.

Ebert. Haase.

Die Pressenverhältnisse in Berlin.

k. **Hamburg, 11. Nov.** (Eig. Drahtnachricht.) Der Hamburger Korrespondent meldet aus Berlin: Der Berliner Lokalanzeiger, der infolge des Generalstreiks vorübergehend besetzt war, erscheint von heute nachmittag wieder als Lokalanzeiger, auch die Norddeutsche Allgemeine Ztg. erscheint wieder in alter Form.

Drohungen mit Verkehrseinstellungen.

WTB. **Berlin, 10 November.** Der A.- und S.-Rat teilt mit: Ueber 10 000 Eisenbahnarbeiter und -angestellte tagten heute im Zirkus Busch und an einer anderen Stelle und nahmen einmütig folgende Resolution an: „Die deutschen Eisenbahner erklären, mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge zu tragen. Sollten sich gegenrevolutionäre Regungen zeigen, so wird der Verkehr sofort eingestellt werden."

Die Führung der Geschäfte in Berlin.

WTB. **Berlin, 11. Nov.** (Amtlich.) Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Uebernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet.

Die Reichsregierung.
Ebert. Haase.

Aufrufe der Eisenbahner.

Die Sicherung der Volksernährung.

WTB. **Berlin, 11. November.** Der Bund der Beamten der preußisch-hessischen Staats- und der Reichs-Eisenbahnen, der Deutsche Eisenbahner-Verband, der Allgemeine Eisenbahner-Verband, der Zentralverband Deutscher Eisenbahner, Elberfeld, die Reichskartelle der Staatsangestellten, Elberfeld, und der Verband preußisch-hessischer Lokomotivführer, Kreis Berlin, erlassen folgenden Aufruf an alle Eisenbahner, Beamten und Arbeiter:

„Zur Sicherung der Volksernährung ist es notwendig, daß der Eisenbahnverkehr in dem bisherigen Umfange aufrechterhalten bleibt. Wir richten deshalb in dieser ernsten Schicksalsstunde Deutschlands die dringende Mahnung an alle Beamten und Arbeiter des Eisenbahnbetriebes: Haltet Ruhe und Ordnung im Betriebe und tut Eure Pflicht als Eisenbahner. In diesem Sinne macht Euren ganzen Einfluß geltend, damit diese Mahnung restlos zur Durchführung gelangt.

Gleichzeitig fühlen sich die Organisationen verpflichtet, das dringende Ersuchen an die Verwaltung zu richten, die Leistungsfähigkeit des Personals dadurch zu erhalten und zu fördern, daß sofort geeignete Schritte zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Eisenbahnbediensteten getan werden.

Zur Verwirklichung dieses Zieles setzen die obengenannten Organisationen ihre ganze Kraft ein.

Infolge Verkehrsschwierigkeiten ist es nicht möglich, mit dem Deutschen Verkehrspersonal-Verband, Sitz Nürnberg, in Verbindung zu treten."

Wie der Kaiser nach Holland kam.

Wo sind Kaiserin und Kronprinz?

WTB. **Amsterdam, 11. Nov. Zum Uebergang des Kaisers nach Holland meldet „Mandags Achtenblad" noch, daß am Sonnabend abend in Maastricht ein deutscher General ankam, der den Behörden mitteilte, daß der Kaiser am nächsten Tage nach Holland kommen würde. Am Sonntag morgen um ½8 Uhr näherten sich auf der Straße von Visé nach Maastricht zehn Automobile in langsamer Fahrt dem Dorfe Monland. Der Kaiser trug die preußische Generalsuniform. Der Zug von Automobilen wurde unter das Geleite von zwei holländischen Offizieren gestellt, die ihn nach dem Bahnhof von Eysden eskortierten. Dort war inzwischen der kaiserliche Zug und ein belgischer Güterzug angekommen. Um diese militärisch abgesperrte Station hatten sich Tausende von Neugierigen versammelt. Es kam zu Demonstrationen von seiten der belgischen Bevölkerung.**

Amtlich wird aus dem Haag gemeldet, daß sich am Sonntag nachmittag der deutsche Gesandte Dr. Rosen mit dem **Kabinettschef im holländischen Ministerium des Aeußern Doude von Troostwijk nach der Grenze begeben. Das Gerücht, daß auch die Kaiserin und der Kronprinz und Feldmarschall Hindenburg mit dem Kaiser über die Grenze gekommen sei, ist bisher nicht bestätigt.**

Das Aussehen des Kaisers.

k. **Hamburg, 11. Nov.** (Eig. Drahtnachricht.) Der Kaiser war in preußischer Generalsuniform. Er trug eine Mütze. Er stieg aus und ging, auf seinen Krückstock gestützt, auf und ab. Er sah sehr niedergeschlagen aus. Sein Haar ist sehr weiß geworden. Seine Wangen sind eingefallen. Man konnte die früher so martialische Gestalt kaum wiedererkennen. Er unterhielt sich in mattem Ton mit einem der höheren Offiziere, die sich in seiner Gefolgschaft befanden und blickte ohne Interesse auf die stille Straße, die nach Holland führt. Später trug er bürgerliche Kleidung. Gegen 11 Uhr am Sonntag abend fuhren die Mitglieder des kaiserlichen Gefolges nach Arnheim, wo sie interniert werden sollen. Ueber Nacht blieb der Kaiser zu Eijsden. Er scheint sich nach Amerongen begeben zu haben, um dort die weiteren Maßnahmen der niederländischen Regierung abzuwarten. Angeblich soll er auf dem Schlosse des Grafen Bentinck Wohnung nehmen.

Die Entwicklung in Bayern.

WTB. **München, 11. Nov.** Am Sonntag durchstuteten Tausende die Straßen der inneren Stadt. Patrouillen des Soldatenrates hielten die Ordnung und geregelten Verkehr aufrecht. Die großen Kaufhäuser und die Banken sind militärisch bewacht. In Maueranschlägen werden die Offiziere aufgefordert, sich der Regierung des Volksstaates Bayern zur Verfügung zu stellen, um gemeinsam mit den gewählten Soldatenräten in geordneter Weise so rasch wie möglich die Demobilisierung der Armee durchzuführen. In einem anderen Aufrufe des Stadtkommandanten wird die Bevölkerung **Münchens aufgefordert, sämtliche Waffen und Munition unverzüglich an die Militärbehörden abzuliefern. Am 13. November früh werden die Haussuchungen nach Waffen beginnen. Alle Personen, welche nach dem genannten Termin noch im Besitze von Waffen sind, werden unnachsichtlich**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181112010/fragment/page=0002

strafrechtlich verfolgt. Neuerdings warnt die neue Regierung eindringlich vor Eigentumsverletzungen und Gewalttätigkeiten. Die Münchener Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bisher geltenden Gesetze durchaus in Kraft bleiben. und daß im Interesse der öffentlichen Ordnung jede Verletzung vermieden werden muß. Sollten Ausschreitungen vorkommen, so müßte zu strengsten Maßregeln und zur Verhängung des Standrechtes geschritten werden. Die Aufrufe wurden von der Bevölkerung lebhaft besprochen. Im Laufe des Nachmittags wurde auch bekannt, daß ein Mitglied des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates durch einen schweren Automobilunfall sein Leben lassen mußte. Es handelt sich um Ludwig Gandorfer, den Bruder des bauernbündlerischen Abgeordneten Gandorfer, der mit seinem Automobil nach Niederbayern fahren wollte, um dort Vorträge wegen der Erfassung der Lebensmittel zu halten. Auf der Ingolstädter Landstraße stürzte das Automobil um. Gandorfer wurde getötet, zwei weitere Insassen schwer verletzt.

Das Süddeutsche Korrespondenz-Bureau (Korrespondenz Hoffmann) in München ist am Sonntag nachmittag im Namen der bayerischen Volksregierung besetzt worden. Der Nachrichtendienst dieses Bureaus steht seit diesem Zeitpunkt unter der Kontrolle der bayerischen Volksregierung. Er erleidet dadurch keine Verzögerung.

Die Abdankungsfrage in Waldeck.

Eine freiwillige Abdankung empfohlen.

WTB. Kassel, 11. November. Die Verhandlungen über den Thronverzicht des Fürsten von Waldeck und Pyrmont sind heute vormittag durch den Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat mit einer Anfrage bei dem Kabinettschef in Arolsen eingeleitet worden, wie sich der Fürst zu der Frage verhalte. Der Kabinettschef vertrat die Ansicht, die Erledigung dieser Frage sei Sache des Staatsministeriums und des Landtags. Im übrigen wisse man ja noch nicht, wie sich das Waldecker Volk zur Abdankungsfrage stelle. Mit der Bemerkung, daß eine freiwillige Abdankung aus naheliegenden Gründen zu empfehlen sei, brach der Arbeiter- und Soldatenrat die Erörterung zunächst ab.

Die Bewegung im Osten.

WTB. Berlin, 11. Nov. Auch im Osten beginnt die Bewegung Wurzel zu schlagen. Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Osterode, Lötzen, Posen und andere Städte sind in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. In Königsberg wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Berlin zu schicken, um namentlich bezüglich der Ostgrenze Sicherungen zu erhalten. Oberbürgermeister Körte ist abgesetzt. v. Batocki hat sich zur Verfügung des Rates gestellt. In Allenstein macht sich ein Zurücksinken von Mannschaften aus anderen Garnisonen bemerkbar. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält es aus diesem Grunde für erforderlich, daß die Entlassungen und Beurlaubungen direkt von den Truppenteilen zu erteilen sind. In Posen hat der Arbeiter- und Soldatenrat Fühlung mit den Polen genommen. Abgesehen von kleineren Ausschreitungen werden überall Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.

Ein unverschämtes Warschauer Telegramm nach Posen

WTB. Warschau, 11. Nov. Der Regentschaftsrat hat an die polnische Fraktion in Posen ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

„Die deutsche Okkupation hat aufgehört zu existieren. Wir fordern alle Vertreter der Parteien auf, nach Warschau zu kommen, um eine Nationalregierung zu bilden."

Ein gleichlautendes Telegramm ist nach Krakau und nach Paris gegangen.

Leipziger Beschlüsse.

Beschluß des Engeren Ausschusses des A.- und S.-Rates zu Leipzig.

Politische und militärische Gefangene sind zu befreien, sofern sie sich nicht ehrenrühriger Handlungen oder Verbrechen gegen das Eigentum, gegen Personen oder das Leben schuldig gemacht haben. Die Prüfung im einzelnen Falle hat durch den örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat zu erfolgen, der sich die Akten vorlegen lassen muß. Die befreiten Gefangenen sind mit den nötigen Papieren zu versehen. Politische Gefangene sind nach der Heimat oder dem Wohnort zu entlassen, Militärgefangene sind, wenn möglich, ihren Truppenteilen zu überweisen. Ist dies nicht möglich, so sind sie dem nächsten Arbeiter- und Soldatenrat zu überweisen.

Leipzig, 11. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Leipzig.

Wie es bei unseren Feinden zugeht.

Revolutionäre Gährungen in Frankreich. — Gerüchte über einen Sturz der französischen Regierung. Auch Italien muß die Wahrheit unterdrücken.

Nervöse Stimmung in Paris.

r. Köln, 11. Nov. Ueber die Stimmung in Paris brahtet der Amsterdamer Korrespondent der Köln. Ztg., daß die Stimmung in Paris sehr nervös und auch sehr gespannt sei. Die überwiegende Masse des Volkes verlangt stürmisch nach Frieden. Die Sozialdemokratie verfolgt mit größter Spannung die schnelle demokratische Entwicklung in Deutschland, von der sie eine Verwirklichung ihrer Ideale erwartet. Die Ereignisse überstürzen sich derart, daß heute schon den maßgebenden politischen Kreisen Frankreichs die Friedensfrage an Bedeutung zurücktritt gegen die der politischen Entwicklung.

Die Entwicklung in Frankreich.

Demonstrationsumzüge in Paris.

Genf, 11. November. (Priv.-Tel.) Der schweizerische Preßtelegraph meldet: Trotz der Maßnahmen der französischen Regierung, über die Bewegung im Innern des Landes möglichst wenig bekannt werden zu lassen, läßt sich die Tatsache nicht länger verschweigen, daß auch in Frankreich seit zwei Tagen eine Arbeiter- und Volksbewegung ausgebrochen ist, die sich ziemlich rasch entwickelt. In Paris fanden große Versammlungen und Umzüge statt. Die Sozialsektion St. Louis hielt eine große Versammlung ab, in der Marcell Cachin, Longuet und Mayeras gegen die Regierung auftraten. Cachin warf Clemenceau vor, daß er die Sache des Völkerbundes vereitele. In Paris fanden in der Rue de L'hospital und der Rue Le Courbe und bei dem Boulevard-Hospital Kundgebungen statt. Am Sonntag früh demonstrierte eine Arbeiterversammlung der 18. Region für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Die Bewegung ist überall in Frankreich im Anschwellen. In Paris kursiert das Gerücht von der Bildung von Soldatenräten an der Front. Marcell Cachin forderte Clemenceau auf, alle verhafteten Arbeiterführer und namentlich auch Caillaux frei zu lassen. Die Regierung treffe Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Arbeiter.

Sturz der französischen Regierung?

Ein interessantes Funkentelegramm.

k. Hamburg, 11. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Hamburger Nachrichten melden aus Bremen: Ein Extrablatt der Weserzeitung meldet: Wie uns von privater Seite mitgeteilt wird, haben die im Besitz der Arbeiter- und Soldatenräte befindlichen Funkenstationen an der Nordsee die Mitteilung aufgefangen, daß die französische Regierung gestürzt und Poincaré aus Paris geflohen sei.

Die Unterdrückung der Wahrheit in Italien.

WTB. Berlin, 10. Nov. Wie die „B. Z. am Montag" aus Lugano meldet, drängt die italienische Presse, offenbar den Weisungen ihrer Zensur gehorchend, kein Sterbenswörthen über den Umsturz in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Dies sei für die Befürchtungen, welche die italienische Regierung bezüglich der Rückwirkung der deutschen Ereignisse auf die Stimmung in Italien hegt, höchst kennzeichnend. Die Italiener dürfen in ihrem Siegesjubel nicht gestört werden und gar nicht auf den Gedanken kommen, daß auch in Italien das Volk nach Freiheit zu streben ein Recht besitzt.

Schaffung eines Groß-Thüringen.

k. Hamburg, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Weimar wird gemeldet: Die Sozialdemokraten Thüringens beschlossen die Schaffung eines Groß-Thüringen. Thüringen wird ein einheitlicher Bundesstaat mit republikanischer Verfassung.

Bedrohliche Nachrichten aus Oberschlesien

Befreiung von Gefangenen.

Breslau, 11. November. (Privattelegramm.) Hier hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der in Gemeinschaft mit den bestehenden Behörden arbeitet. Es herrscht vollkommen Ruhe.

Dagegen kommen böse Meldungen aus Oberschlesien: es heißt, daß sich größere Mengen von Kriegsgefangenen befreit haben. Vollkommene Klarheit über die Ereignisse in Oberschlesien bestehen nicht. In einer heute abend abgehaltenen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates in Breslau soll über die Lage in Oberschlesien Beschluß gefaßt werden.

Die Nationalitätenfrage in Posen.

Posen, 11. November. (Privattelegramm.) Hier herrscht Ruhe. Die Herrschaft liegt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Alle bestehenden Organisationen und Behörden haben heute abend in einer Versammlung erklärt, daß sie sich dem Arbeiter und Soldatenrat unterstellen wollen, damit Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben, und die Ernährung sichergestellt ist.

Im Arbeiterrat haben die Polen die große Majorität. Der Vorsitzende des Arbeiterrates, ein Sozialist David, sagte, man solle die Nationalitätenfrage vorläufig beiseite lassen, da sie auf dem Friedenskongreß besprochen werden würde. Damit waren die Versammelten einverstanden.

Auflösung des weimarischen Landtags.

k. Hamburg, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Weimar: Nach den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates soll der Landtag am 14. November verhandlungslos definitiv geschlossen werden. Die Minister tuen keinen Dienst mehr.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Ein Telegramm der Deutsch-Oesterreicher an den Reichskanzler.

Wien, 10. November. Der deutsch-österreichische Staatsrat hat einstimmig unter begeistertem Beifall beschlossen, der Dienstag zusammentretenden Nationalversammlung den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich vorzuschlagen.

Der Staatsrat hat seinen Beschluß auf Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in Berlin gefaßt. Maßgebend dafür ist auch der Umstand, daß auch Deutsch-Oesterreichs Kronländer, wie Tirol und Salzburg, sich bereits für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen haben, und daß diese Richtung in allen deutschen Gebieten Oesterreichs, insbe-

Kampf und Frieden.

Von Hans Seefeld.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie wünschte nichts, sie wollte nichts als mit ihm wandern, mit ihm segeln, mit ihm den herrlichen Frühling genießen, und sie freute sich, daß dann der Sommer kam. An Herbst und Winter glaubte sie gar nicht; die Gegenwart war zu sehr von Glanz und Licht erfüllt.

Die Tage, die sie nicht mit ihm zusammen sein konnte, waren schöner Erinnerung voll an die letzten gemeinsamen Stunden und voll Freuden auf die kommenden.

„Eine kleine Freundschaft!" hatte hans Waltersdorf gesagt. O, wie war diese kleine Freundschaft voll von ahnungsreichem Glück, voll Sonne und verschwiegener Schönheit.

Heute waren sie wieder durch den hellen Buchenwald gegangen. Zu ihren Füßen raschelte das kupferfarbene Laub vom Vorjahre.

Er ließ sie aus ihrer Jugend erzählen. Von dem Pfarrhause, in dem sie als Waise groß geworden, gleich erzogen mit den Töchtern und doch mit ihnen niemals gleich. Wie froh sie dann gewesen, als ihr Mann um sie geworben und sie aus der Abhängigkeit und dem Geduldetsein erlöste, und daß es nicht viel anders wurde, als er tot war. —

Dann erzählte er von seinen Reisen, von den Felsen Madeiras und den blühenden Hortensienhainen, von der Kirschblütezeit in Japan, — aber daß er doch noch keinen Frühling so tief empfunden hätte wie diesen. Dann legte er leise den Arm um ihre feine Taille und führte sie so durch den leise rauschenden Wald.

Der Strand von Wöltenort war merkwürdig leer. Sie suchten sich einen Platz fernab vom Kurhause. Die Luft war heiß und schweigend um sie her. Wilhelmine ließ den warmen silbergrauen Sand durch ihre schlanken Finger rieseln, und sie plauderten leise.

Hans Waltersdorf bog ihren Kopf zurück und sah in ihre Augen, die so feucht glänzten.

Sie fühlte, daß ihr Leben sein Eigen war, und daß nur er selbst sie erretten konnte, und darum zitterte sie.

Er sah es und hielt sie fest.

War das eine kleine Freundschaft? — O nein, es war Liebe. Eine arme Liebe ohne Ziel, denn was ihr dafür gebührte, konnte er ihr nicht geben! Und doch küßte er sie heiß auf den kleinen zuckenden Mund. —

„Helmi! Liebe, kleine, süße Helmi!" —

„Hans! — —"

Lange noch wanderten sie durch den köstlichen Frühlingsabend. In den Buchen zwitscherte eine Nachtigall. Sie gingen Arm in Arm und plauderten vom Allisüßesten und vom Heiligsten, — alles war ihnen wie eine Offenbarung.

„Warum ist dieser Frühling so köstlich?" fragte Wilhelmine.

Er beugte sich herab und küßte ihre Wange.

„Weil du mich liebst!" —

Das Lied der Nachtigall verstummte und sie sahen schweigend in die stille Nacht. Nur dann und wann drückte er stumm ihren Arm an sich. Dann sah sie voll zu ihm auf und er erschrak vor dem reinen Blick ihrer klaren Augen.

Alles Begehren schwieg, weil ihre Liebe so groß war.

„Du bist mein Eigen, weil du mich liebst!" dachte er gerührt und traurig. „Und du darfst es doch nicht sein! Wenn ich alle deine reiche Liebe nehmen und ausnutzen würde, wie es gewiß mancher meiner Freunde täte, — dann mache ich dich arm, du kleine süße Frau, und das will ich nicht! — Denn dann würdest du welken wie die kleine wilde Blume, die du an deiner Brust trägst!" — —

Wilhelmine aber lächelte. Ihr war das Leben noch nie so köstlich erschienen, — noch nie! — Damals, als Karl Just um sie ward, war es solch einfaches Nehmen und Jasagen. Sie war froh gewesen, aus der Abhängigkeit des Pfarrhauses fortzukommen und kam in eine andere hinein. Dann kam Dorchen, und sie war ganz zufrieden und glücklich gewesen, solange ihr Mann lebte. — Aber dies, — diese plötzliche reiche Liebe — sie war ein Garten voller Blüten und Wunder, — Fülle des Lebens! — Warum hatte das Schicksal ihn ihr entgegengeführt? —

* * *

Es war merkwürdig, daß Hans Waltersdorf nie gefragt hatte: Wo wohnst du und wer bist du? —

Heute dachte er selbst darüber nach, warum er es nicht getan hatte. Die Ursache war so ein Gemisch von Furcht und Romantik. Furcht, daß sie einer Sphäre entstammte, die ihm alle Poesie nahm, die sich um ihre holde Person spann, — Furcht, zu erfahren, daß ihr verstorbener Mann vielleicht Schneider oder Bureaugehilfe oder irgend etwas gewesen war, das ihn störte. Romantik, daß er Märchen träumen konnte von seinem Rautendelein mit dem Rixenhaar, die immer kam, ohne daß er wußte woher. O, wenn es doch bleiben könnte wie es war. Er hatte sie ja so lieb. Es war so herrlich, statt an einsamen Tagen irgendwo zu sitzen und zu trinken, mit ihr durch die Frühlingswelt zu wandern, ihr holdes Plaudern zu hören, — ihre reine Liebe zu sehen und ihren kleinen süßen Mund zu küssen.

Es würde so schön sein, an diese reine junge Frau zu denken, wenn er wieder draußen auf dem wilden Meere fuhr und dem Tode ins Auge sah.

Langsam ging er der Alsterbrücke entlang. Er hatte Probefahrt mit seinem Boote gemacht und war nun wieder dienstfrei. Er hatte den Landungsanzug mit den braunen Ledergamaschen an, der ihn so gut kleidete, und nahm den Weg zur Stadt. Da fiel ihm ein, daß er doch heute abend seiner kleinen Freundin etwas mitbringen könnte, wenn sie sich zum Spaziergange am Bootshause im Hohenzollernpark fanden. Vielleicht eine Bonbonniere, ein paar Rosen, oder beides. Unterwegs traf er zwei Kameraden, die sich ihm anschlossen. In der Hauptgeschäftsstraße traten sie in ein elegantes Konfitürengeschäft.

Da stand Wilhelmine hinter dem Ladentische im weißen Schürzchen, fragte bescheiden nach dem Begehre der Herren und sah so hübsch aus, daß die beiden Kameraden Bemerkungen darüber machten. Als sie ihn erblickte, ihn, bei dem alle ihre Gedanken weilten, zog ein heißes Rot über ihr feines Gesicht. Sie sah so lieblich aus, und doch machte er keinen Versuch, sie zu begrüßen, gab ihr nicht die Hand, sah ganz betroffen aus und wendete sich dann den ausgestellten appetitlichen Dingen zu.

Das war sein Rautendelein, seine feine schlanke Märchenprinzessin, — eine Schokoladenverkäuferin, — — schade — —.

Wilhelmine sah den Geliebten an, stolz und erwartungsvoll. Ein Offizier war er, — ein solch hoher vornehmer Offizier und sie hatte er so lieb, — sie! —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181112010/fragment/page=0003

sondere in Deutsch-Böhmen, zahlreiche Anhänger besitzt. Im deutsch-österreichischen Staatsrate wurde ein solcher Antrag bereits früher gestellt. Bisher wurde die Frage aber im Schweben gelassen. Die Vorgänge in Berlin aber, auch das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Ernährungsfrage mit den übrigen Nationen Oesterreichs, haben auch bei jenen deutschen Abgeordneten, die bisher mit dieser Lösung nicht einverstanden waren, eine Wendung herbeigeführt. Als ausgesprochene Gegner dieser Lösung gelten die Christlich-Sozialen. Das Verhalten der Zentrumspartei in Deutschland scheint jedoch auch die Christlich-Sozialen umgestimmt zu haben. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung wird ohne Zweifel Dienstag den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland beschließen.

Der Staatsrat beschloß heute nachmittag einstimmig und unter lebhaftem Beifall der Mitglieder, folgendes Telegramm abzusenden:

An den Reichskanzler, Prinzen Max von Baden, Berlin.

In dem Augenblicke der großen geschichtlichen Wendung sendet der Deutsch-Oesterreichische Staatsrat dem deutschen Volke seinen brüderlichen Gruß und die heißesten Wünsche für seine Zukunft. Der Deutsch-Oesterreichische Staatsrat spricht die Hoffnung aus, daß an der Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung, die die künftige staatliche Ordnung des deutschen Volkes bestimmen soll, auch das deutsche Volk in Oesterreich teilnehmen wird.

Für den Deutsch-Oesterreichischen Staatsrat die Präsidenten Dinghofer, Hauser, Seitz.

Ein englischer Oberkommissar in Konstantinopel.

WTB. **London**, 11. November. (Reuter.) Der Vizeadmiral Calthorpe wurde zum Oberkommissar in Konstantinopel ernannt, um während der Uebergangsperiode die Fühlung mit der türkischen Regierung zu halten und die britischen Interessen und Untertanen in der Türkei zu schützen.

Einschränkung der englischen Munitionserzeugung.

WTB **London**, 11. November. (Reuter.) Das Munitionsministerium erließ Instruktionen für alle Fabriken, die für das Ministerium arbeiten, die Erzeugung allmählich ohne sofortige allgemeine Entlassung der Arbeiter einzuschränken. Die Interessen der Arbeiter werden auf verschiedene Weise geschützt werden, unter anderem durch Auszahlung einer besonderen Vergütung für Arbeitslosigkeit im Betrage von mindestens 24 Schilling die Woche, auf die sechs Monate lang Anspruch erhoben werden kann.

Ein Gruß der ungarischen Regierung.

Die große soziale Umwälzung.

Budapest, 9. November. Die ungarische Regierung sendet heute abend aus einem Ministerrat das folgende Telegramm ab:

Die revolutionäre Regierung Ungarns sendet brüderliche Grüße dem deutschen Volke, das seine Ketten zerbricht, und wünscht, daß die große soziale Umwälzung dazu beiträgt, den heißest ersehnten Frieden ihren Völkern zu sichern und brüderliche Beziehungen zu dem deutschen Volke herzustellen. Die revolutionäre Demokratie Ungarns ersucht das revolutionäre Deutschland, die in Ungarn mit der Waffe kämpfenden deutschen Truppen anzuweisen, die Waffen wie die Deutschen im Westen und das ungarische Volk auf allen Fronten niederzulegen und die revolutionäre Demokratie in Ungarn in den durch Kohlenmangel entstandenen Nöten zu unterstützen.

Der Präsident der Volksregierung.
Michael Karolyi.

Neue Minister in Ungarn.

Budapest, 10. Novbr. Der Ministerrat hat den Kriegsminister Linder seines Amtes enthoben, zum Minister ohne Portefeuille ernannt und als außerordentlichen Gesandten der Volksregierung mit den Vorbereitungsarbeiten für die Friedensverhandlungen im Auslande betraut. Der Ministerrat ernannte den Oberstleutnant des Generalstabes Albert Bortha zum Kriegsminister.

Deutsch-österreichischer Glückwunsch.

WTB. **Wien**, 11. Nov. Die „Sozialdemokratische Korrespondenz" meldet: Namens des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie richtete Viktor Adler folgende in beiden Fällen gleichlautende Depeschen an die Parteivorstände der deutschen Sozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialistischen Partei in Berlin:

„Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie beglückwünscht die siegreiche deutsche Revolution und hofft, daß sie die demokratisch-sozialistische deutsche Republik Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche vereinigen wird."

Demobilisierung in Holland.

WTB. **Haag**, 11. November. (Korresp.-Bureau.) Die Regierung hat beschlossen, zur teilweisen Demobilisierung überzugehen. Die vorbereitenden Maßregeln sind bereits getroffen.

Generalstreik in der Schweiz.

Die Forderungen der Arbeiterschaft.

WTB. **Bern**, 11. November. Schweizerische Depeschenagentur. Das Oltener Aktionskomitee, der Vorstand des Schweizer Gewerbebundes, der Vorstand der Sozialdemokratischen Schweizerischen Partei und die sozialdemokratische Nationalratsfraktion haben den Beginn des allgemeinen schweizerischen Generalstreiks in der Nacht vom 10. zum 11. November beschlossen, als Protest gegen die vom Bundesrat vorgenommenen Truppenaufgebote zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Zürich. In dem Aufruf des Oltener Aktionskomitees ist die derzeitige Landesregierung als unfähig bezeichnet der Zeit und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. **Die Behörden hätten das Recht verwirkt, im Namen des Volkes zu sprechen. Es sei deshalb die ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung zu verlangen.** Die neue Regierung habe sich auf folgende Mindestforderungen zu verpflichten:

1. Sofortige Neuwahlen des Nationalrates auf Grundlage des Proporzes;
2. Passives und aktives Frauenwahlrecht;
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht;
4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen;
5. Die Organisation der Armee im Sinne des Volksheeres;
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten;
7. Arbeiter- und Invalidenversicherung;
8. Staatsmonopol für Import und Export.
9. Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden.

Die mobilisierten Truppen werden aufgefordert, nicht Waffengewalt gegen die Streikenden anzuwenden und Soldatenräte zu bilden. Die Staatsangestellten sollen der zwangsweisen Mobilisierung durch die Verzögerung der Leistung von Streikbrecherarbeiten entgegentreten. Zur Sicherung der Ernährung sind von den lokalen Arbeiterorganisationen Maßregeln festzusetzen unter behördlicher Mitwirkung. Die Wirtschaften und Geschäfte sollen nach den Anweisungen der örtlichen Organisationen geschlossen werden. Im übrigen wird dazu aufgefordert, den Streik mit Ruhe und ohne Provokation durchzuführen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Im Zeichen der organisierten Massenaktion wollen wir kämpfen, siegen oder sterbend untergehen! Hoch die Solidarität! Es lebe die neue Zeit!

Pogrome in Westgalizien.

WTB. **Wien**, 10. November. Blättermeldungen zufolge haben die Pogrome in Westgalizien in der letzten Zeit einen großen Umfang angenommen. Der jüdische Nationalrat für Deutschösterreich hat sich an den Präsidenten Wilson mit dem Ersuchen um Hilfe gewendet.

Die holländische Regierung und die Anwesenheit Kaiser Wilhelms.

WTB. **Haag**, 11. November. Korr.-Büro. Amtlich. Nachdem die Nachricht von der Ankunft des früheren deutschen Kaisers auf niederländischem Gebiet eingetroffen war, erhielt der Kommissar der Königin in Limburg den Auftrag, mit dem Kabinettschef des Ministers des Aeußern Doude van Troostwijk und dem Generalsekretär J. B. Kan, die sich zu diesem Zwecke nach Mastricht begeben hatten, über die vorläufige Regelung des Aufenthaltes des Kaisers bis zum Eintreffen näherer, endgültiger Verfügungen zu verhandeln.

WTB. **Amsterdam**, 11. November. Das „Allgemeen Handelsblatt" meldet aus dem Haag, daß die niederländische Regierung bezüglich des Aufenthaltes des Kaisers in Holland keine Beschwerde erheben werde. Der Kaiser befindet sich als Privatperson in der gleichen Lage, wie andere Flüchtlinge in fremden Landen. Die Anwesenheit des Kaisers in Maastricht hat Anlaß zu längeren Konferenzen zwischen verschiedenen Kabinettsmitgliedern und anderen Behörden gegeben.

Die revolutionären Unruhen in Holland.

12 Forderungen der Revolutionäre.

k. **Hamburg**, 11. Nov. (Priv.-Tel.) **Die „Hamburger Nachrichten" melden aus dem Haag: Man meldet aus Utrecht und verschiedenen anderen holländischen Städten den Beginn sozialistisch revolutionärer Unruhen.**

Es wurde ein Manifest veröffentlicht, welches an die besitzenden Klassen und an die Regierung gerichtet wurde, und eine große Anzahl weitgehender sozialistischer und wirtschaftlicher Forderungen enthält, deren sofortige Veröffentlichung verlangt wurde:

1. Unmittelbare Demobilisation unter Gewährung entsprechender Vergütungen für die Soldaten.

2. Unmittelbare Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts und allgemeinen Neuwahlen.

3. Abschaffung der Ersten Kammer.

4. Sofortige Einführung des gesetzlichen Achtstunden-Tages und des Sechsstunden-Tages für Bergarbeiter.

5. Allgemeine staatliche Pensionierung für sämtliche Staatsangehörige im Alter von 60 Jahren.

6. Annahme aller Forderungen der holländischen Dienstpflicht.

7. Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Unterbamten im öffentlichen Dienst, z. B. der Eisenbahn.

8. Aufhebung der Streikgesetze aus dem Jahre 1903.

9. Vollständige Arbeitslosenfürsorge unter Mitwirkung der Arbeiterorganisation.

10. Gemeinsame Lebensmittelversorgung und gemeinsame Regelung des Produktions- und Transportwesens.

11. Sozialisierung aller Betriebe, die hierfür in Frage kommen.

12. Einführung des Programms von Bern, welches eine Zusammenfassung aller diesbezüglichen Wünsche auf dem Gebiete sozialer Gesetzgebung enthält.

Diese Forderungen sollen auf einer allgemeinen Arbeiterkonferenz, welche am 6. und 7. November abgehalten werden sollte, endgültig formuliert werden. Auf dieser Konferenz sollen auch die Mittel besprochen werden, wodurch dieses Programm schleunigst verwirklicht werden kann. Aus vielen holländischen Städten meldet man große Umzüge der Arbeiterschaft.

Aufruhr in einem belgischen Lager.

WTB. **Amsterdam**, 11. November. **Die Niederländische Telegr.-Agentur meldet aus Eindhoven: In dem Lager von Beverloo in Belgien herrscht Aufruhr. Die Aufständischen zogen mit Geschützen nach der holländischen Grenze. Holländische Kavallerie und militärische Radfahrer wurden heute nacht nach Lnykastel geschickt, um die Aufständischen beim Ueberschreiten der Grenze zu entwaffnen.**

Der bisherige Kanzler in Karlsruhe.

Das braunschweigische Herzogspaar gleichfalls in Karlsruhe.

k. **Hamburg**, 11. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der Hamburger Korrespondent meldet aus Karlsruhe: Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden, der gestern Berlin verlassen hat, ist abends in Karlsruhe eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Herzog und die Herzogin von Braunschweig. Prinz Max und seine Gäste wurden von der Bahnhofskommandantur des Arbeiter- und Soldatenrates begrüßt und dann in das Palais begleitet.

Halle und Umgegend.

Halle, den 12. November 1918.

Elektrische Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld.

Unlängst fand unter Vorsitz des Landrats von Krosigk die 10. Haupt-Versammlung der Elektrischen Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld e. G. m. b. H. statt.

Direktor Herber berichtete über die günstige Entwicklung des Unternehmens, an Hand vergleichender Zahlen aus dem vergangenen und dem jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr. Trotz mangel, schwierige Beschaffung von Rohstoffen, behördlichen Einschränkungsvorschriften, Erhöhungen der Gestehungskosten, Betriebsunterbrechungen zum Zweck von Kupferausbau aus den Hochspannungsleitungen für die Heeresverwaltung, hat die Kriegslage andererseits fördernd gewirkt infolge des Mangels an Leuchtmitteln, an Menschen und Tieren der die Beschaffung von Elektromotoren nötig machte. Die Genossenschaft war bestrebt, diesen Ansprüchen durch eine rege Installationstätigkeit gerecht zu werden. Der Anschlußwert stieg dadurch auf 13 500 KW; die Zahl der Stromabnehmer auf 9762. Das wirtschaftliche Ergebnis ist genügend günstig, um Abschreibungen von 170 858.67 Mk. und eine 3prozentige Verzinsung der Anteile zu ermöglichen. Die General-Versammlung beschloß in diesem Sinne.

Ferner berichtete der Direktor über den eingeleiteten Einbau neuer Schutzapparate zur Erhöhung der Betriebssicherheit.

Zum Schluß berichtete der Geschäftsführer Kastendieck der Landeselektrizität Sachsen G. m. b. H. Halle über Zweck und Gestaltung dieses Unternehmens, in welchen sich eine Reihe von genossenschaftlichen Ueberlandzentralen mit der Provinz zum Zweck einheitlicher Stromversorgung zusammengeschlossen haben, dem die Genossenschaft auch bereits als Mitglied angehört.

Auf Antrag vom Aufsichtsrat und Vorstand beschloß die General-Versammlung einstimmig die Verpachtung ihres Betriebes an die Landeselektrizität und Beteiligung bis zur Höhe von 200 000 Mark.

Prof. Dr. jur. von Tuhr, z. Zt. Rektor der Universität Straßburg, hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Halle als Nachfolger von Prof. H. A. Fischer zum 1. April 1919 angenommen. Sein Lehrfach ist römisches und bürgerliches Recht.

Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Der nächste Vortrag des Bundes findet im Auditorium maximum der Universität statt und zwar am Donnerstag, den 14. November, 8½ Uhr. Herr Geh. Rat. Prof. D. Lütgert spricht über den „Wiederaufbau der deutschen Familie".

Provinzial-Nachrichten.

Ammendorf, 11. Nov. (Gemeindevertretersitzung.) Die Auflassung des 1,14,40 Hektar großen Hopfenberges (für die Gartenstadtbebauung) und des als Industriegelände besonders geeigneten Grundstücks zwischen Bahnhof- und Mühlenstraße, 89,35 Ar groß, von der Stadt Halle an die Gemeinde Ammendorf hat am 3. d. Mts. stattgefunden. Von den übrigen Punkten ist hervorzuheben, daß der Magistrat der Stadt Halle sich bereit erklärt hat, für die Ablösung der Fischereigerechtigkeit in der Steinlache der Gemeinde Ammendorf 2400 Mk. zu zahlen. — Vom 1. Dezember d. Js. ab betragen die Gaspreise für das Kubikmeter Münzgas (Automatengas) 31 Pf., für das Kbm. übrige Gas 28 Pf. Weiter beschloß die Gemeindevertretung eine Erhöhung der bisherigen Gasmessermiete. Ueber die von Halle abgelehnte Vereinigung des Gutsbezirks Beesen mit der Gemeinde Ammendorf soll der Kreisausschuß beschließen. Es wurde beschlossen, sich der gemeinnützigen Gesellschaft zur Beschaffung von Möbeln für die Minderbemittelten und die Kriegsgetrauten mit 2000 Mk. zu beteiligen. Die Gemeindevertretung beschloß, wegen der Gleichstellung der Gemeinde Ammendorf mit der Stadt Halle in der Fleischversorgung gegebenenfalls die höchste Instanz anzurufen. Hinsichtlich der Wohnungsnot ist die Gemeindevertretung der Ansicht, daß die Beseitigung der Wohnungsnot in erster Linie Aufgabe der industriellen Werke sein müsse. Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit soll unverzüglich zunächst mit den Industriewerken erneut verhandelt werden und alsdann eine weitere Beratung durch die Baukommission stattfinden.

? **Merseburg**, 11. Nov. (Die Uebergabe der hiesigen Militärgewalt an den Arbeiter- und Soldatenrat) ist nach langwierigen Verhandlungen mit dem stellvertretenden Kommandanten des hiesigen Gefangenenlagers und dem Bataillonskommandeur am Sonnabend abend erfolgt. Der Lagerkommandant wies darauf hin, daß in dem Merseburger Lager mit seinen über 40 000 Gefangenen die Aufrechterhaltung der Disziplin, Ruhe und Ordnung ganz besonders notwendig sei, was auch vom Arbeiter- und Soldatenrat als berechtigt anerkannt wurde. Infolgedessen ist zugesagt worden, die Bewachungsmannschaften bedeutend zu verstärken.

§ **Magdeburg**, 11. November. (Eine Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei) faßte zur Lage folgende Entschließung: „Die von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufene Versammlung des freiheitlichen Bürgertums stellt sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und ist bereit, an der sich anbahnenden Umgestaltung und Neuordnung der Verhältnisse in gesetzmäßigen Bahnen aufbauend mitzuarbeiten und geeignete Kräfte dazu zur Verfügung zu stellen."

Gera, 11. November. (Plumpe Nachahmungen) des städtischen Notgeldes sind hier angehalten worden. Die eine Seite der Fälschungen ist unbedruckt. Ebenso sind gefälschte Zweimark-Darlehnskassenscheine im Umlauf.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Demobilisierungsvorbereitungen auf dem Ledermarkt. In der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses der Kontrollstelle für freigegebenes Leder wurde beschlossen, sowohl für Boden- als auch Sattlerleder Sperrlager zu errichten, an denen die aus dem Felde heimkehrenden Krieger geliefert werden könne, damit sie ihre Tätigkeit schnell wieder aufnehmen können. Auch soll, wie im Reichswirtschaftsamt beschlossen wurde, bei der Heeresverwaltung beantragt werden, daß in erster Linie die Schuhmacher in die Heimat entlassen werden sollen, um der Schuhknappheit auf schnellstem Wege abzuhelfen.

Verteilung von Leder. An die Schuhmacher soll demnächst wieder Bodenleder verteilt werden, und zwar als die 21., 22. und 23 Verteilung. Es entfallen auf jeden eingetragenen Arbeiter 6 kg. Auch Sattlerleder kann wieder zugeteilt werden. Vom 1. November ab findet die Verteilung von Blank- und sonstigem Sattlerleder statt, und zwar stehen 50% der gemeldeten durchschnittlichen Umsätze zur Verfügung.

Das Siegerländer Eisensteinsyndikat hat bei den amtlichen Stellen den Antrag auf abermalige Erhöhung der Erzpreise gestellt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, werden aber voraussichtlich zu einer mäßigen Heraufsetzung der Verkaufspreise führen.

Die zum Wintershall-Konzern gehörigen elsässischen Kaliwerke Prinz Eugen und Theodor zahlen eine Ausbeute von 1500 Mark pro Kux.

Aktien-Gesellschaft Chromo in Altenburg. Der Aufsichtsrat schlägt bei größeren Abschreibungen (i. V. 60 668 Mk.) die Verteilung einer Dividende von 15% (8%) und Zahlung eines Bonus von 100 Mk. auf jede Aktie (auf die neuen Aktien 7½% bezw. 50 Mk.) vor.

Brauerei zum Felsenkeller bei Dresden. Die Verwaltung bringt eine Dividende von 12 Proz. (i. V. 10 Proz.) auf die Aktien und wieder 50 Mk. auf jeden Genußschein in Vorschlag.

A.-G. Paulanerbräu in München. Der Aufsichtsrat bringt für 1917—18 eine Dividende von wieder 12 Prozent in Vorschlag.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181112010/fragment/page=0004